

Links.Blick.

Die linke Zeitung für Cottbus und Spree-Neiße, Jahrgang 2022/14.04., Ausgabe 7

Die Waffen nieder!

Nein zum Krieg, nein zum
Völkerrechtsbruch durch Russland,
für Deeskalation und Abrüstung.



Fahrrad-Demo für Frieden am Ostermontag

DIE LINKE Lausitz unterstützt DGB - Aufruf!

Auch im öffentlichen Raum müssen weiter friedenspolitische Forderungen sichtbar sein. Deshalb beteiligt sich DIE LINKE am geplanten Ostermarsch des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Dieser wird am Ostermontag, den 18. April ab 14:00 Uhr vorrangig als Fahrrad-Demo stattfinden.

Anschließend ab 15:00 Uhr findet eine Kundgebung am „Bunten Bahnhof“ (Güterzufuhrstraße) statt. Ebenfalls ver-

treten sind Parteien und Initiativen mit Ständen und Angeboten.

DGB Südbrandenburg/Lausitz Aufruf zur Friedensdemo:

„Wir wollen ein starkes Zeichen setzen, dass sich die Menschen in unserem Land für eine europäische und internationale Friedensordnung engagieren, die auf den Prinzipien der Freiheit, der Wahrung der Menschenrechte, der Selbstbestimmung und der Gerechtigkeit beruht. Der schreckliche Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein beispielloser Angriff auf diese Friedensordnung und

durch nichts zu rechtfertigen. Tod, Zerstörung, Flucht – das ist die Bilanz des Krieges. Nicht nur in der Ukraine, sondern überall auf der Welt. Auch im Jemen, in Syrien und anderswo müssen die Waffen endlich schweigen. Wir verurteilen all jene, die Unterdrückung, Krieg und militärische Gewalt als Mittel der Politik einsetzen.“

WAS: Fahrrad-Demo + KUNDGEBUNG
WANN: 18.04.2022
WO: 14 Uhr BTU-Zentralcampus
15 Uhr Kundgebung,
Bunter Bahnhof



#DerAppell



» Die auf Jahrzehnte geplante
Hochrüstung beendet das
Sterben in der Ukraine nicht
und macht unsere Welt nicht
friedlicher und nicht sicherer.

Jetzt unterschreiben!

derAppell.de

Die Waffen nieder!



DIE LINKE - Unsere Haltung, unsere Forderungen

Angriff auf die Ukraine: Stoppt den Krieg!

Putins Truppen greifen die Ukraine an. DIE LINKE stellt sich gegen diesen völkerrechtswidrigen Angriff. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Seit langem schon werden die Menschen vor Ort zum Spielball der Einflusssphären von NATO und Russland gemacht. Sie sind nun brutal von den Kampfhandlungen betroffen. Ihnen gehört unsere Solidarität! Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen wiederhergestellt werden!

Praktisch über Nacht hat Bundeskanzler Scholz eine Aufrüstung von 100 Mrd. Euro angekündigt – weit mehr als das Aufrüstungsziel der NATO von 2 Prozent! Diese Summe soll als Vermögen der Bundeswehr ins Grundgesetz eingeschrieben werden. Es soll erlauben, die Schuldenbremse zu umgehen. Es wird nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit verändert werden – also vermutlich nie mehr.

Nach Jahren, in denen angeblich „kein Geld“ für Bildung, Pflügenotstand und soziale Sicherheit da waren! Nachdem der Etat der Bundeswehr bereits um fast die Hälfte erhöht worden ist. Hier wird nicht im Interesse der ukrainischen Bevölkerung gehandelt – ihr nutzt eine Aufrüstung der Bundeswehr nichts. Hier werden die Gunst der Stunde und Sorgen der Menschen angesichts der Rückkehr des Krieges genutzt und den Rüstungskonzernen ein Sondergeschenk gemacht.

Mehr Waffen schaffen keine Frieden. Konventionelle Rüstung spielt im Zeitalter der Atomwaffen kaum eine Rolle für die „Abschreckung“. Und ein Gleichgewicht des Schreckens schafft nur Schrecken.

Es braucht dringend: einen Waffenstillstand, Verhandlungen und zivile Konfliktbearbeitungen.

DIE LINKE ruft bundesweit zu Protesten auf: Nein zum Krieg. Nein zu einem neuen Kalten Krieg. Nein zur Aufrüstung.

Die Waffen nieder, Frieden jetzt!

Fragen an DIE LINKE

Warum verurteilt DIE LINKE den Krieg?

DIE LINKE ist eine Partei des Friedens und des Völkerrechts und lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab. Wir verurteilen deshalb Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine scharf. Dieser Angriffskrieg ist ein Verbrechen und durch nichts zu rechtfertigen. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die gerade um ihr Leben und ihre Freiheit fürchten müssen.

Muss Deutschland angesichts eines Krieges in Europa nicht jetzt aufrüsten?

Wir halten es für falsch, die aktuelle Situation dafür auszunutzen, um die Bundeswehr massiv aufzurüsten. Eine Aufrüstung der Bundeswehr hätte den Ausbruch des Kriegs in der Ukraine nicht verhindert. Sie hätte keinen Einfluss auf den Kriegsverlauf und würde Europa oder gar die Welt nicht sicherer oder friedlicher machen.

Die gesamten Militärausgaben der NATO-Staaten betragen 2020 1.024 Milliarden Dollar, die Russlands nur 60 Milliarden. Auch noch mehr Geld für die Bundeswehr hätte da kaum eine zusätzliche abschreckende Wirkung gehabt und den Überfall auf die Ukraine verhindert. Außerdem haben sowohl NATO als auch Deutschland erklärt, in der Ukraine nicht militärisch einzugreifen. Den Menschen in der Ukraine wird mit der Aufrüstung der Bundeswehr also nicht geholfen. Die Welt wird nicht friedlicher, sondern unsicherer, wenn es ein neues Wettrüsten gibt. Wir wollen weltweit abrüsten, auch in Deutschland.

Zeigt der Krieg nicht, dass wir dringend eine einsatzbereite Bundeswehr brauchen?

Der Krieg zeigt vor allem, dass es derzeit keine tragfähigen Beziehungen zwischen allen Staaten Europas gibt, die Sicherheit und die friedliche Beilegung von Interessenkonflikten

garantieren. Solche Beziehungen zu entwickeln ist die vordringliche Aufgabe für die Zukunft.

Die Bundeswehr hat nach unserer Verfassung die Aufgabe der Landesverteidigung. Dafür muss sie entsprechend ausgerüstet sein. Die Bundeswehr ist hierfür nicht unterfinanziert, sie ist auch nicht schlecht ausgestattet: Seit Jahren steigt der Militärhaushalt, seit 2014 ist er bereits um mehr als 40 Prozent gestiegen, zuletzt auf fast 47 Milliarden Euro. Würde die Bundeswehr strikt auf die Aufgabe der Landesverteidigung ausgerichtet, wie es das Grundgesetz vorsieht, und nicht auf weltweite Einsätze, ließe sich viel Geld sparen.

Bestehende Ausrüstungsmängel sind nicht auf zu wenig Geld zurückzuführen, sondern auf Missmanagement und Planungsfehler. Die Rüstungsprojekte der Bundeswehr sind oft verspätet, viel teurer als geplant und weisen massive Qualitätsmängel auf. Die zusätzlichen 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr würden daran nichts ändern.

Wie kann man einem Aggressor wie Putin beikommen?

Russland muss die Kampfhandlungen sofort einstellen, einem Waffenstillstand zustimmen und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Alle diplomatischen Möglichkeiten müssen jetzt genutzt werden, sowohl bilateral als auch im Rahmen internationaler Organisationen (UNO, OSZE). Mit Wirtschaftssanktionen, die die russische Rüstungsindustrie und Putins Verbündete treffen, muss der Druck auf die russische Regierung erhöht werden, den Krieg zu beenden.

Zudem sind die Menschen in Russland zu unterstützen, die sich gegen den Kriegskurs ihrer Regierung wenden. Ihr Protest ist der Schlüssel für eine andere, friedliche Politik Russlands.

Ist eure Haltung nicht naiv?

Auch wenn der Ruf nach Frieden und Verhandlungen auf den ersten Blick naiv wirken mag, während Wohn-

viertel bombardiert werden und Menschen sterben, ist für uns eine Ausweitung des Krieges durch einen Eintritt der NATO keine Alternative. Das wäre der Schritt in den Dritten Weltkrieg, der zu einem Atomkrieg eskalieren könnte. Eine Verhandlungslösung ist also alles andere als naiv, sondern die einzige realistische Möglichkeit.

Für uns gilt: Vernunft ist das, was zählt, auch in einem barbarischen Krieg.

Seid ihr gegen Sanktionen gegen Putin /Russland?

DIE LINKE begrüßt Sanktionen, die die tatsächliche Machtbasis von Putin treffen: die russische Rüstungsindustrie, die Auslandsvermögen der Millionäre und Milliardenäre. In Frankreich wird diskutiert, die Luxusyachten und -villen an der Cote d'Azur zu beschlagnahmen. Richtig so! Deutschland sollte dem folgen.

Grundsätzlich sollten Sanktionen so angelegt sein, dass sie die für den Krieg Verantwortlichen treffen und nicht die Bevölkerung, etwa, weil Lebensmittel, Medikamente oder wichtige Güter des Lebens nicht verfügbar sind.

Hat die NATO eine Mitschuld am Krieg?

Die NATO hat auch nach dem Ende des Kalten Krieges auf Konfrontation gesetzt, statt mit Russland über ein neues Sicherheitssystem in Europa zu verhandeln. Damit wurde eine historische Gelegenheit vertan. Die NATO-Osterweiterung, Truppenstationierungen und -manöver und der NATO-Raketenabwehrschirm haben die Beziehungen zu Russland über die Jahre beständig verschlechtert.

Aber das alles rechtfertigt keinen Angriffskrieg. Putin hat in seiner Rede der Ukraine jedes Recht auf staatliche Souveränität abgesprochen und offensichtliche Lügen als Kriegsgründe vorgeschoben.

Wart ihr bisher auf der Seite Russlands? (Seid ihr immer noch „Putinverstehere:innen“?)

Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber Ländern, die Opfer der Verbrechen Nazideutschlands im Zweiten Weltkrieg waren. Das gilt insbesondere für Russland und andere Länder der ehemaligen Sowjetunion, wie die Ukraine, die Opfer des Ver-

nichtungskrieges im Osten wurden.

Die USA und die EU versuchen, ihre Vormachtstellung gegen Russland und China durchzusetzen. Das lehnen wir ab und werben für einen Interessenausgleich, der Stabilität und Frieden ermöglicht.

DIE LINKE kritisiert Putins Politik. Sei es der massive Demokratieabbau in Russland oder die Rolle Russlands in internationalen Konflikten wie in Syrien oder der Ukraine. Aber wir haben das Ausmaß an Aggressivität und die Bereitschaft der russischen Regierung unterschätzt, einen Angriffskrieg zu beginnen und ein Nachbarland zu überfallen. Mit diesen Fehleinschätzungen werden wir uns jetzt selbstkritisch auseinandersetzen.



Bleibt ihr dabei, dass ihr die NATO auflösen und ein neues Sicherheitssystem mit Russland schaffen wollt?

Es wäre sinnvoll gewesen, nach dem Ende des Kalten Kriegs auch die Militärbündnisse abzuschaffen, die diese Zeit geprägt haben, und sie durch ein neues gemeinsames Sicherheitssystem zu ersetzen. Doch während der Warschauer Vertrag aufgelöst wurde, blieb mit der NATO eine Konfliktpartei bestehen, statt eine neue weltweite Friedensarchitektur zu schaffen. Die Welt würde heute vielleicht ganz anders aussehen.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine macht deutlich, wie dringend notwendig es ist, die Beziehungen zwischen den Staaten Europas friedlich zu regeln. Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist dieses Ziel in weite Ferne gerückt. Dennoch bleibt es richtig. Wir brauchen gemeinsame kollektive verbindliche Regeln bei zwischenstaatlichen Konflikten, eine Stärkung des Völkerrechts und der UNO, die

Wiederaufnahme von Verhandlungen zu Abrüstungsverträgen, insbesondere zur Abschaffung von Atomwaffen. Das sind auch die Voraussetzungen dafür, um über die Zukunft der NATO zu sprechen.

Warum seid ihr gegen Waffenexporte?

Es ist verständlich, dass angesichts dieses grausamen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der schrecklichen Bilder, bei vielen Menschen der Eindruck entsteht, man müsste jetzt mit Waffenlieferungen helfen.

DIE LINKE ist grundsätzlich gegen Rüstungsexporte, denn sie sind ein grausames Geschäft mit dem Tod. Es werden nicht nur Waffen an Länder verkauft, die sich gegen den Angriff eines übermächtigen Aggressors wehren müssen.

Ganz im Gegenteil: Deutschland gehört zu den größten Waffenexporteuren weltweit und hat allein im letzten Jahr Rüstungsexporte für über neun Milliarden Euro genehmigt, mehr als je zuvor. Hauptabnehmer war Ägypten, das wegen Menschenrechtsverletzungen und seiner Kriegsbeteiligung im Jemen kritisiert wird.

Auch Saudi-Arabien, das die Militärintervention im Jemen anführt, gehörte lange zu den wichtigsten Importeuren: Es wurde dorthin sogar eine ganze Waffenfabrik exportiert, in der das Sturmgewehr G36 hergestellt wird. Und es war im Fernsehen zu sehen, wie die Türkei in Nordsyrien mit deutschen Leopard-Panzern Kurd:innen in Nordsyrien massakriert hat.

Der Wunsch der Ukraine jetzt mit Waffenlieferungen zu helfen, ist verständlich. Wir setzen dennoch statt Waffenlieferungen auf diplomatischen und wirtschaftlichen Druck, weil wir beides für geeigneter halten, den Krieg zu beenden.

Veranstaltungshinweis

Über die friedenspolitischen Sichtweisen der Partei DIE LINKE könnt ihr am **04.05. in Spremberg** (Am Bullenwinkel) und am **05.05. in Cottbus** (Platz am Stadtbrunnen) direkt ins Gespräch kommen.

Dort steht der **Rote Panzer** jeweils ab ca. 11 bis 16 Uhr.

Sach- und Geldspenden für die Ukraine

Seit Wochen verursacht der Krieg in der Ukraine furchtbares Leid. Bereits zweimal war der Landesverband der Brandenburger LINKEN mit Unterstützung weiterer Partner:innen an der polnisch-ukrainischen Grenze, um Hilfsgüter zu bringen und auf der Rückfahrt die freien Plätze Geflüchteten anzubieten. Leider berichten unsere Ansprechpartner:innen vor Ort, dass das Spendenaufkommen inzwischen deutlich gesunken ist und wieder mehr Hilfe benötigt wird.

Vom **20. bis 21. April** soll nun ein weiterer **Hilfskonvoi** starten und unser Kreisverband beteiligt sich daran. Die Fahrt geht nach Chelm und von dort aus werden die Hilfsgüter in das Universitätskrankenhaus Kiew transportiert.

Ihr könnt unterstützen

Durch **Sachspenden** – diese werden am 12. und 19. April zwischen 10 und 16 Uhr in unserer Kreisgeschäftsstelle angenommen. Gebraucht werden:

- Verbandsmaterial aller Art (steril verpackt, nicht angebrochen)
- Erste-Hilfe-Kits / Verbandskästen
- Erkältungs-/Schmerz- und Fiebertmittel (nicht angebrochen, nicht abgelaufen, nicht kühlpflichtig)
- Nicht verderbliche Lebensmittel (Konserven, Nudeln, Reis, Knäckebrötchen, Riegel, Kekse etc. – mindestens 3 Mon. haltbar, nicht kühlpflichtig)
- Trinkwasser (ohne Kohlensäure, 1,5l-Flaschen als 6er-Pack oder Kanister)
- Hygieneartikel

Bitte gebt die Spenden in stabiler, stapelbarer Verpackung und bei Kartons mit Inhaltskennzeichnung ab, um die Sortierung und Verladung zu erleichtern. Alternativ könnt ihr auch durch eine Geldspende unterstützen. Hiervon bezahlen wir Kraftstoff für die Fahrt und können die Sachspenden ggf. durch Einkäufe aufstocken.

Spendenkonto:

IBAN: DE48 1805 0000 3305 1027 80
Zahlungsgrund: Spende Ukraine, Vorname, Name, Adresse

Gutes Leben für alle – was tun?

VORTRAG UND AUSTAUSCH von und mit Thomas Gebauer von medico international

Montag, 25. April, 18 Uhr im Familienhaus Cottbus, Am Spreewerfer 14

Oder:
Auf wessen Kosten leben wir?

Vortrag & Diskussion

Veranstaltung des Kost-Nix-Laden

Thomas Gebauer von medico international (NGO: solidarische Hilfe in 33 Ländern der Kontinente Afrika, Asien und Mittel- und Südamerika) ist zu Gast.

Mit Blick auf den globalen Süden, wird gefragt: Wie geht es den Menschen in diesen Zeiten globaler Ungerechtigkeiten, verursacht durch das Ausbeutungs- und Profitprinzip?

25.04., 18 Uhr, Zoom Meeting zum Bedingungslosen Grundeinkommen

Es gibt zahlreiche Konzepte des Grundeinkommens. Nicht alle sind links. Es gibt viele Modelle, welche von führenden Köpfen der Wirtschaft vertreten werden. Es ist nicht verwunderlich, dass viele Konzepte von einer Zementierung der Eigentumsverhältnisse bis zur Verarmung per Gesetz reichen. DIE LINKE hat die Chance, mit dem emanzipatorischen Grundeinkommen jetzt die Programmatik zeitgemäß zu erweitern und für eine echte Umverteilung und einen modernen Sozialismus zu kämpfen. Den Link zur Veranstaltung bekommt ihr über eine Anfrage bei Conny in der GS.

BildungsBLOCK

Fabian Scheidler spricht über die Wurzeln, das Wesen und die Grenzen des Kapitalismus.

Der Autor räumt mit modernen Fortschrittsmythen auf und zeigt, dass die Logik der endlosen Geldvermehrung von Anfang an auf dem Raubbau an Mensch und Umwelt begründet war. Die „Mega-Maschine“ erreicht langsam ihre Grenzen und bietet Möglichkeiten für Alternativen und Veränderungen.



Wir demonstrieren am 1. Mai gemeinsam mit Parteien, Initiativen und Verbänden für Frieden, Solidarität & Offenheit

und für:

- sozial gerechte Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz
- Umverteilung von Oben nach Unten statt Abwälzen der Kosten der Corona- und Ukraine-Krisen auf die Schwächsten
- Frieden in der Ukraine und überall
- demokratische Kultur statt Militarisierung
- Keine Geflüchteten 1. und 2. Klasse
- Ukrainer*innen und andere Geflüchtete dürfen nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden
- mehr Platz für Sorgearbeit guter und bezahlbarer ÖPNV für Alle
- keine Profite mit der Miete



Impressum Nr. 07/2022

Herausgeber: DIE LINKE. Lausitz Ortsvorstand Cottbus, 03046 Cottbus, Ostrower Straße 3, Telefon: (0355) 22 44 0; V.i.S.d.P. Christopher Neumann, PR u.a. Layout/Satz: wortreich.de, Cornelia Meißner; Fotos: pr DIE LINKE///// Öffnungszeiten Geschäftsstelle: Dienstag 10 - 16 Uhr
NÄCHSTER LINKS.BLICK ERSCHEINT AM 29.04., Redaktionsschluss: 27.04.2022